

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Jugendhilfeausschusses** der Stadt Burgdorf am **07.02.2011**
Gemeindehaus Weststadt, Lippoldstr. 15

16.WP/JHA/020

Beginn öffentlicher Teil: 16:45 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:50 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Gersemann, Christiane

stellv. Vorsitzende

Ethner, Regina

Mitglied/Mitglieder

Brennecke, Erwin
Meinig, Birgit
Rück, Stefanie

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael

stellv. Mitglied/Mitglieder

Obst, Wolfgang

- Vertretung für Frau
Ursula Wackerbeck -

Vertreter/innen der Jugendverbände

Kardolsky, Thorsten
Schrader, Sonja

Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände/Träger der freien Jugendhilfe

Meine, Agnes
Röttger, Fritz

- Vertretung für Frau
Gisela Bittkau -

Beratende/s Mitglied/er

Sozialarbeiterin
Vertreterin des örtlichen
Kinderschutzbundes

Börges, Bärbel
Goldbach, Jutta

Erzieherin
Lehrkraft

Hedrich, Marion
Heinze, Anette
Kallias, Birte
Kuchenbecker-Rose,
Antje

- fehlte entschuldigt -

Pastor der ev. Kirche

Müller-Brandes, Rainer

Leiter des Jugendamtes

Niemann, Jens

Vertreter der Interessen
ausländ. Kinder und Ju-
gendlicher

Paul, Matthias

von Tiling, Klaus
Witte, Bernd

- fehlte entschuldigt -

Gast/Gäste

Stadtkindergartenbeirat
Kita-Leiterin Südsterne
Kita-Leiterin Nordwest
Kita-Leiterin Weststadt

Altmann, Katrin
Böhlke, Beate
Müller, Gabriele
Tietje, Marina

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Pape, Petra
Strecker, Dagobert
Szramka, Monika

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.11.2010
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Aussprache über die Besichtigung
6. Bericht über die Sprachförderung in Kindertagesstätten
7. 3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2011 0865
8. Einrichtung einer zusätzlichen Ganztagskleingruppe im Kindergarten Fröbelweg sowie erweiterte Öffnungszeiten der Krippe
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2011
Vorlage: 2011 0878
9. Aufhebungssatzung der Benutzungsordnung für das Haus der Jugend in Burgdorf, für dessen Nebenstelle und die Jugendräume in den Stadtteilen der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2011 0879
10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

K E I N E

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann begrüßt **Frau Altmann** vom Stadtkindergartenbeirat und **Herrn Dege** von der Presse. Sie bedankt sich bei **Herrn Pastor Schulze**, dass die Sitzung in den Räumlichkeiten des Gemeindehauses Weststadt stattfindet. **Frau Gersemann** bittet darum, **Herrn Beneke**, der einen Unfall hatte, vom Ausschuss herzliche Grüße und Genesungswünsche zu übermitteln. Entschuldigt hat sich **Frau Kallias**.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** genehmigt.

Herr Obst kritisiert, dass die Ausschussmitglieder die Vorlagen häufig zu spät erhalten. Insbesondere habe er dieses Mal die Vorlage zu TOP 7 so spät bekommen, dass eine Beratung in der Fraktion nicht mehr möglich gewesen sei. Er beantrage daher, diese zunächst nur zu beraten und in der nächsten Sitzung zu entscheiden.

Herr Strecker macht deutlich, dass die Zusagen für die Kindergartenplätze sowie die Mitteilung über die Gebühren im März/April versandt werden. Wenn der Rat erst im Mai über die Änderung der Gebühren für die Kindertagesstätten entscheide, müssen anschließend neue Gebührenbescheide verschickt werden, so dass doppelte Arbeit entstehe.

Frau Gersemann schlägt eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses für den TOP 7 Anfang März 2011 vor. Der Ausschuss ist einverstanden. Der TOP soll heute beraten, aber nicht abschließend entschieden werden.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.11.2010

Die Niederschrift wird bei **zwei Enthaltungen einstimmig** genehmigt.

3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

K E I N E

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Strecker informiert zum Sachstand Jugendhilfekostenausgleich, dass der Vertrag für die Jahre 2009 und 2010 abgeschlossen sei. Für die Jahre 2011 und 2012 werde derzeit noch verhandelt.

In Otze können zum 01.05.2011 3 Kinder nicht im Kindergarten untergebracht werden. Die Verwaltung prüfe zurzeit, wo die Kinder einen Platz erhalten können. Evtl. ist eine Unterbringung in einem Kindergarten in der Kernstadt möglich.

Zum 01.05.2011 lägen mehrere Anmeldungen für die Kindertagesstätten „Gartenstraße“ und „Südstern“ vor, die derzeit nicht abgedeckt werden könnten. Die Verwaltung beabsichtige, jeweils eine befristete Kleingruppe mit 10 Kindern bis zum 31.07.2011 einzurichten.

Frau Gersemann bittet die Verwaltung, bis zur nächsten Sitzung eine entsprechende Vorlage vorzubereiten.

Herr Strecker teilt mit, dass es sich abzeichnet, dass die Essenausgabe für die OGS der Grundschule Otze nicht, wie im Rat im Dezember 2010 beschlossen, in dem dritten Raum im Kindergarten erfolgen werde, sondern im gegenüber der Schule liegenden Schützenhaus. Dann müsse überlegt werden, wie dieser Raum genutzt wird. Es gäbe verschiedene Möglichkeiten. Diese wolle die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 02.05.2011 vorschlagen.

Bezüglich der derzeit im Bundestag in den Beratungen stehenden Zusatzleistungen für Kinder von Hartz IV-Empfängern warnte **Herr Strecker** davor, dass ein angemessener Ausgleich vom Bund kaum zu erwarten sei. Die Kommunen könnten die Kosten nicht auffangen. Auch hierzu werde noch berichtet.

Herr Niemann teilt mit, dass die Tätigkeit von Frau Trott von den „Wölfen“ zum 01.03.2011 durch Frau Opacki übernommen werde. Diese habe ihr Anerkennungsjahr im Jugendamt der Stadt Burgdorf kürzlich beendet.

Frau Gersemann bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht über die Arbeit der „Wölfe“ zu erhalten. Der Ausschuss würde sich freuen, Frau Opacki dann persönlich kennenzulernen.

5. **Aussprache über die Besichtigung**

Frau Müller berichtet von ihrer Einrichtung. Sie führt aus, dass ab 15.02.2011 eine Kleingruppe bis 15.00 Uhr im Kindergartenbereich eingerichtet werde. Der Kindergarten und die Krippe seien voll ausgelastet. Als Drittkraft sei im Krippenbereich eine 400,00 €-Kraft eingesetzt, die täglich zwei Stunden zur Unterstützung komme.

Frau Gersemann hebt hervor, dass die Stadt durch die Ergänzung der freien Träger, die engagierte Partner seien, ein hervorragendes Angebot vorhalte.

Herr Müller-Brandes betont, dass die Stadt mit der Kindertagesstätte Nordwest einen tollen Kindergarten geschaffen habe.

Frau Gersemann bedankt sich bei **Frau Müller** für die Führung durch die Kindertagesstätte und den Vortrag.

6. Bericht über die Sprachförderung in Kindertagesstätten

Frau Tietje, Leiterin der Kindertagesstätte „Weststadt“, und **Frau Böhlke**, Leiterin der Kindertagesstätte „Südstern“ berichten über die Sprachförderung in Kindertagesstätten.

Frau Ethner erkundigt sich danach, welche Kinder im „Südstern“ an der Sprachförderung teilnehmen. **Frau Böhlke** berichtet, dass nach Beobachtungen der Mitarbeiterinnen diese nach Dringlichkeit ausgewählt werden. Der Schwerpunkt liege im „Südstern“ bei den Kindern mit Migrationshintergrund, aber auch deutsche Kinder hätten grammatikalische Probleme.

Frau Goldbach möchte wissen, ob die Schulen das gleiche Programm nutzen, um die Förderung fortzusetzen. **Frau Böhlke** verneint dies.

Herr Obst fragt nach, ob die Eltern miteinbezogen werden und auch Hilfestellungen erhalten. **Frau Böhlke** gibt an, dass die Eltern über die Förderung vorab informiert werden und Elterngespräche jederzeit möglich seien. Man gebe den Eltern auch viele Tipps zur Umsetzung mit nach Hause.

Frau Ethner erkundigt sich nach der Resonanz der Eltern. **Frau Böhlke** erwidert, dass die Eltern nicht gegen die Sprachförderung seien, sondern die Notwendigkeit anhand der Entwicklungsbögen ihrer Kinder erkennen.

Frau Meinig merkt an, dass Eltern auch auf die Möglichkeit einer logopädischen Unterstützung hingewiesen werden sollten.

Frau Pape fragt an, wie viele Kinder im „Südstern“ eine Sprachförderung benötigen. **Frau Böhlke** gibt an, dass derzeit an drei Tagen pro Woche 27 Kinder gefördert werden. Rund 10 Kinder, bei denen die Dringlichkeit nicht so hoch sei, würden sich noch in der „Warteschleife“ befinden.

Frau Ethner teilt mit, dass es eine Initiative vom Bund zur frühkindlichen Förderung gegeben habe, die einen Zuschuss in Aussicht gestellt habe. Die Stadt habe sich hieran nicht beteiligt.

Herr Paul teilt hierzu mit, dass er darüber eingehend mit **Herrn Beneke** gesprochen habe. Aufgrund der nachstehend beschriebenen Bedingung sei eine Teilnahme aber nicht in Frage gekommen.

Ab März 2011 sollen Kindertagesstätten hinsichtlich einer Sprach- und Integrationsförderung mit einer halben Personalstelle und mit Sachmitteln gefördert werden. Voraussetzung hierfür ist, dass mindestens ein Kind im Alter unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte betreut wird und mehr als 50 % der Kinder in einer Familie aufwachsen, in der nicht deutsch gesprochen wird oder mehr als 25 % der Eltern keinen oder nur den Mindestbeitrag zahlen. Denkbar wäre diese Möglichkeit für die Kindertagesstätte „Südstern“ oder die AWO-Kindertagesstätte gewesen. In beiden Einrichtungen werden jedoch keine Kinder unter 3 Jahren betreut. In der Krippe der Paulusgemeinde treffen dahingegen die übrigen Kriterien nicht zu. Es ist außerdem zu berücksichtigen, dass durch den Bund nur eine halbe Stelle gefördert wird und die andere halbe Stelle durch die Stadt bereitzustellen wäre.

7. **3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf**
Vorlage: 2011 0865

Frau Rück teilt mit, dass die Gebührenerhöhungen zwar gewollt seien, jedoch nicht beide in einem Kindergartenjahr. Es wird eine Erhöhung zum 01.08.2011 um 3 % und zum 01.08.2012 um 2 % vorgeschlagen.

Herr Strecker erläutert, dass in der Vorlage leider die Prozentzahlen vertauscht worden seien. Die neuen Zahlen werden nachgeliefert.

Herr Fleischmann lehnt die Vorlage gänzlich ab, da die Stadt versuche, ihre Schulden auf dem Rücken der Eltern abzutragen. Insbesondere müsse das Essenentgelt für Hartz IV-Empfänger ersatzlos gestrichen werden.

Frau Rück erläutert, dass die Hortgebühren sich nicht an den realen Betreuungszeiten orientieren. Es sei zu einfach, in den Gebühren nur eine Herabsetzung um eine Stufe vorzunehmen. Ihre Fraktion habe errechnet, dass die Betreuungszeit bei ca. 1/3 liege. Dies müsse sich auf die Gebühren entsprechend auswirken.

Frau Gersemann bekräftigt, dass die Berechnung für die Horteltern transparenter gestaltet und der aktuellen Situation, d.h. der tatsächlich zugrunde liegenden Betreuungszeiten, angepasst werden müsse.

Herr Baxmann gibt zu bedenken, dass es unabhängige Basiskosten gebe.

Frau Gersemann macht deutlich, dass Eltern sich klar für eine Hortbetreuung entscheiden müssen, um Planungssicherheit für die Verwaltung zu haben. Ein Wechsel kann erst nach einem Jahr möglich sein.

Frau Meinig ergänzt, dass für Zeiten der Ferienbetreuung andere Einrichtungen wie etwa das Frauen- und Mütterzentrum zur Verfügung ständen.

Bezüglich des Abschnitts „Essenentgelt“ macht **Herr Fleischmann** klar, dass dieses aus seiner Sicht für Geringverdiener und Hartz IV-Empfänger gänzlich zu streichen sei.

Herr Strecker erläutert, dass das Essen pro Portion aufgrund gestiegener Energiekosten zum 01.01.2011 um 0,15 € auf 2,05 € seitens der Lieferfirma erhöht worden sei. Danach sei von den Eltern ein monatlicher Beitrag von 41,00 € für das Essen zu tragen. Um die Kosten für das Küchenpersonal wenigstens anteilig aufzufangen, sei ein zusätzlicher Betrag von monatlich 4,00 € vorgeschlagen worden. Der Ausschuss müsse nun entscheiden, wie hoch die Gebühr anzusetzen sei. **Herr Baxmann** ergänzt, dass die Personalkosten für die Küchenkraft mit 4,00 € pro Kind die tatsächlichen Kosten dennoch nicht auffangen würden. Im übrigen sei ein Preis von 2,05 € pro Essen nicht üppig.

Frau Gersemann bekräftigt, dass auch die Qualität des Essens entscheidend sei.

Frau Goldbach erläutert, dass das Essen beim Kinderschutzbund nicht so günstig sei und die Erhöhung daher nicht ungerechtfertigt sei.

Herr Müller-Brandes weist darauf hin, dass man an den Hauswirtschaftskräften nicht sparen dürfe. Es sei nicht sinnvoll, für diese Arbeiten ausge-

bildete Erzieherinnen und Erzieher einzusetzen.

Herr Strecker erläutert im Abschnitt „Gebührenermäßigung“, dass die Regelung auch für Tagespflegekinder gelten sollte. **Frau Rück** stimmt diesem zu.

Frau Gersemann bittet darum, auf Grundlage der im Haushaltssicherungskonzept entworfenen Erhöhung in einer überarbeiteten Vorlage die Gebührenerhöhung und die Auswirkungen darzustellen. Die Erhöhung solle zum 01.08.2011 um 3 % und zum 01.08.2013 um 2 % erfolgen.

Herr Baxmann erinnert daran, dass das Haushaltssicherungskonzept nur einen Rahmen darstellt und der Ausschuss hieran nicht gebunden ist.

Frau Meinig bittet um Darstellung der Einkommensgrenze über das Protokoll.

Antwort:

Die Einkommensgrenze richtet sich nach der Anzahl der Personen im Haushalt. Für einen Haushaltsvorstand werden 569,00 € zugrundegelegt, für jede weitere Person 252,00 €. Die Wohnungskosten werden anhand der Anzahl der Familienmitglieder bis zu festgelegten Höchstbeträgen gestaffelt.

Ein Beispiel einer vierköpfigen Familie soll dies verdeutlichen:

Haushaltsvorstand (Vater) =	569,00 €
Weiteres Familienmitglied (Mutter) =	252,00 €
Weiteres Familienmitglied (Kind 1) =	252,00 €
Weiteres Familienmitglied (Kind 2) =	252,00 €
Wohnungskosten max. bei 4 Familienmitgliedern	556,00 €
Einkommensgrenze	1.656,00 €

Jeder Fall ist somit einzeln zu betrachten.

**8. Einrichtung einer zusätzlichen Ganztagskleingruppe im Kindergarten Fröbelweg sowie erweiterte Öffnungszeiten der Krippe
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2011
Vorlage: 2011 0878**

Frau Gersemann erläutert ihren Antrag. Auch die Wirtschaft, die an einem Mangel an Fachkräften leide, würde von einheitlichen Betreuungszeiten profitieren und sollte „ins Boot“ geholt werden.

Frau Carla Walter als Elternvertreterin der Kindertagesstätte „Fröbelweg“ berichtet von ihren Problemen, einen Halbtagsjob auszuüben, während ihr Sohn die Krippe besuchte. Ihre Arbeitszeit wäre bis 13.00 Uhr gewesen, aber zu dieser Zeit hätte ihr Sohn bereits abgeholt werden müssen. Sie bittet im Namen der Krippeneltern darum, dem Antrag zu folgen.

Herr Müller-Brandes erläutert, dass derzeit Krippenkinder erst ab 18 Monate aufgenommen werden können, da ein vorgeschriebener Ruheraum fehle. Nach Einholung von Angeboten sei ein Anbau zu teuer, so dass die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun intern durch Umgestaltung diesen Ruheraum geschaffen haben. Weiterhin sei die Nachfrage nach Vormittagsplätzen (07.00 bis 13.00 Uhr) rückgängig, wohingegen die Nachfrage nach Ganztagsplätzen nie ganz befriedigt werden könne. Er wünsche sich die befristete Einrichtung einer Ganztagskleingruppe zunächst für zwei Jahre. Eine Betreuungskraft wäre ausreichend, da eine zweite Kraft im Hintergrund vorhanden sei.

Herr Obst erkundigt sich nach den Kosten. Dazu erläutert **Herr Müller-Brandes**, dass für die Krippe Kosten von ca. 10.700,00 € und für die Ganztagskleingruppe von ca. 17.500,00 € entstehen.

Herr Strecker erläutert, dass für 2011 bei einem Beginn zum 01.08. Kosten von ca. 12.000,00 € entstehen, die überplanmäßig bereitgestellt werden müssten.

Frau Ethner empfiehlt, die Vorlage auch dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vorzulegen.

Herr Fleischmann sieht auch in den Abendstunden einen Betreuungsbedarf.

Herr Strecker erwidert, dass Randbetreuungszeiten durch Tagespflegepersonen abgedeckt werden.

Herr Müller-Brandes berichtet von einem Aufnahmeantrag für Kindertagesstätten der Stadt Bremen, der auch den Bedarf in den Abendstunden abfragt und schlägt vor, diesen zusätzlich durch einen Babysitter-Service abzudecken.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, dem Verwaltungsausschuss und dem Rat der Stadt Burgdorf **ein-stimmig**, die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass im Kindergarten „Fröbelweg“ eine zusätzliche Ganztagskleingruppe mit 10 Kindern eingerichtet werden kann. Dieses Angebot sollte eine Betreuung von Montag bis Donnerstag bis 17 Uhr und freitags bis 14 Uhr ermöglichen und zunächst einmal auf zwei Jahre befristet sein.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, dem Verwaltungsausschuss und dem Rat der Stadt Burgdorf **ein-stimmig**, die Betreuungszeit der Krippenkinder von Montag bis Donnerstag von 07.30 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags von 07.30 Uhr bis 14.00 Uhr zu erweitern.

9. Aufhebungssatzung der Benutzungsordnung für das Haus der Jugend in Burgdorf, für dessen Nebenstelle und die Jugendräume in den Stadtteilen der Stadt Burgdorf Vorlage: 2011 0879

Herr Strecker erläutert, dass es sich um eine alte Satzung handelt, die nicht Sache des Rates, sondern des Hauptverwaltungsbeamten sei. Die Dienstanweisung werde dem Ausschuss nach Fertigstellung zur Kenntnis

gegeben und habe im wesentlichen den gleichen Inhalt.

Frau Pape bittet darum, in der Dienstanweisung von „Benutzerinnen und Benutzern“ zu sprechen.

Herr Obst erkundigt sich, ob mit der Änderung eine Gebührenerhöhung verbunden werden soll. Dies verneint **Herr Strecker**.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss und dem Rat der Stadt Burgdorf **einstimmig**, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Aufhebungssatzung der Benutzungsordnung für das Haus der Jugend in Burgdorf, für dessen Nebenstelle und die Jugendräume in den Stadtteilen der Stadt Burgdorf mit Wirkung vom 01.03.2011.

Der Bürgermeister wird beauftragt, anstelle der Satzung eine Dienstanweisung zu erlassen.

10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Frau Gersemann bittet darum, ein großes Dankeschön an Herrn Gohla und sein Team zur erfolgreichen Zirkusgala-Veranstaltung am vergangenen Wochenende auszurichten. Dort sei hervorragende Arbeit geleistet worden.

Weiterhin bittet **Frau Gersemann** im Zusammenhang mit dem CDU-Antrag zur „sauberhaften Stadt“ nochmals darum, Kontakt mit Burgdorfer Jugendlichen aufzunehmen. Diese hätten sich wiederholt angeboten, Wände und Säulen an betroffenen Plätzen künstlerisch zu gestalten.

Herr Strecker erläutert, dass eine Spraymaßnahme durch Jugendliche bislang an den hohen Kosten für die vorab notwendige Grundierung gescheitert sei.

Frau Gersemann bittet die Verwaltung darum, Maßnahmen zu ergreifen, um die Bühne im „Johnny B.“ seitlich zu begrenzen. Diese sei teilweise offen und somit eine Gefahr für Kinder.

Einwohnerfragestunde

K E I N E

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer